

**Vorabprotokoll gemäß § 86 Abs. 2 Satz 1 GO Abghs
Vorläufiger Text, von den Rednerinnen/Rednern nicht durchgesehen!**

in Auftrag gegeben hat. Nach wie vor ist auch hier das volle Ausmaß von Ausbeutung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht ausreichend geklärt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schauen Sie in den Bericht und lesen Sie selbst nach, was damals gerade auch sehr jungen Menschen angetan worden ist und worunter sie auch heute noch leiden. Es ist abzusehen, dass sich durch die neuen Forschungsergebnisse für viele Betroffene neue Fragen stellen. All denen, die den Mut und die Kraft aufbringen, über ihr Schicksal zu sprechen und dem Unrecht, was ihnen widerfahren ist, auf den Grund zu gehen, muss unser gemeinsamer Respekt gelten. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN
und der LINKEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. West! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Kollege Otto. – Sie haben das Wort!

Andreas Otto (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Gutzeit, herzlich willkommen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer heute die Zeitung aufgeschlagen hat, hat gesehen, dass Lenin wieder da ist. Aber nicht der Lenin, sondern nur ein Kopf, ein Betonkopf könnte man fast sagen. Warum kann man heute Lenin ausgraben und nach Spandau in die Festung überführen? Das hat zwei Gründe. Einmal den, dass wir gelassener mit den Denkmälern der DDR-Geschichte umgehen können und zum Zweiten, das ist sicher der wichtigere Grund, dass wir uns inzwischen alle einig sind, dass Lenin mit der Oktoberrevolution ein Unterdrückungsregime abgelöst und durch ein anderes ersetzt hat. Darüber sind wir uns einig, und das ist, glaube ich, wichtig.

[Beifall bei den GRÜNEN und der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Herr Gutzeit! In Ihrem Bericht haben wir lesen können – in den anderen Jahren ist es so ähnlich gewesen, deshalb liest man es ein bisschen genauer und guckt, was sich geändert hat –, wie wichtig die juristische Unterstützung für Menschen ist, die etwa eine Opferrente beantragen wollen, wie wichtig diese Unterstützung bei Gerichtsverfahren ist, weil es auch heute noch Richter gibt, die sich nicht hineinversetzen können in die Diktaturerfahrung. Woher sollen die es auch wissen? Wir wissen, wie wichtig Ihre Bildungsarbeit ist. Sie gehen in Schulen, Sie verbreiten Schriften, Sie lassen Menschen Studien machen über das Leben, über den Alltag, aber immer auch über das Herrschaftssystem in der DDR. Und Sie über-

nehmen die psychosoziale Betreuung von Menschen, die Haftopfer sind oder andere Nachteile und Drangsalierungen in der DDR erlitten haben. All das ist eine ganz wichtige Arbeit. Ich bin sehr froh, dass Sie die machen, und darf Ihnen im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sagen, dass wir Ihnen dafür sehr dankbar sind.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und
den PIRATEN]

Wenn man auf die historische Aufarbeitung guckt, ist immer die Frage, wo die passiert und welche Werkzeuge und Mittel es dazu überhaupt gibt. Ich will heute einmal etwas zu ein paar Orten sagen. Da fällt mir zuerst das Humboldt-Forum ein. Der Regierende Bürgermeister möchte dort die Geschichte Berlins präsentieren, und ich wünsche mir, dass dabei die Geschichte Ostberlins und die Geschichte der friedlichen Revolution neben der Geschichte Westberlins und der Mauerstadt eine ganz herausgehobene Rolle spielt. Das wollte ich Ihnen heute ans Herz legen, Herr Müller!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU)]

Der zweite Ort ist die Keibelstraße. Die Keibelstraße, ehemalige Polizeihafenanstalt, dafür gibt es inzwischen ein Konzept, da soll etwas passieren, da soll ein Ausstellungsort sein. Da ist der Schwerpunkt der 17. Juni 1953. Dabei hat die Keibelstraße eine ganz böse wichtige Rolle gespielt, weil dort Leute inhaftiert, festgenommen und misshandelt worden sind, die sich am 17. Juni 1953 in Berlin auf der Karl-Marx-Allee vorn an der Leipziger Straße für Freiheit und auch für höhere Löhne eingesetzt haben. Das muss in der Keibelstraße ganz deutlich präsentiert werden.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Das Dritte ist eine größere Aufgabe, das ist der Ort in Lichtenberg. „Campus der Demokratie“ hat Roland Jahn einmal vorgeschlagen das zu nennen. Wir haben hier, daran möchte ich Sie erinnern, vor über fünf Jahren, am 28. Januar 2010, einen Beschluss gefasst, den ich kurz zitieren möchte:

Zentrum für Widerstands- und Oppositions-
geschichte gegen die SED-Diktatur

Der Senat wird aufgefordert, Gespräche mit dem
Bund aufzunehmen, um in Berlin ein Zentrum für
Widerstands- und Oppositionsgeschichte gegen
die SED-Diktatur zu errichten.

Dazu ist es noch nicht gekommen. Ich würde Sie, Herr Regierender Bürgermeister, der Sie ja auch Kultursenator sind und sich mit den Gedenkstätten befassen, dringend auffordern, das voranzubringen. Wir haben 2010 noch

**Vorabprotokoll gemäß § 86 Abs. 2 Satz 1 GO Abghs
Vorläufiger Text, von den Rednerinnen/Rednern nicht durchgesehen!**

nicht genau gewusst, ob das in Lichtenberg sein soll oder woanders. Inzwischen hat sich, glaube ich, herauskristallisiert, dass Lichtenberg, dass die ehemalige Stasizentrale dafür ein guter Ort ist. Wir ersuchen, bitten Sie, fordern Sie auf, dafür zu sorgen, dass dort gemeinsam mit dem Bund solch ein Zentrum entstehen kann, das nicht nur dem Gedenken und der Bildung gewidmet ist, sondern das natürlich auch eine Attraktion ist für Menschen, die hier herkommen, ob das Touristen sind oder andere, damit die sehen können, wie in Berlin Gedenken praktiziert wird. Das ist, glaube ich, eine ganz wichtige Aufgabe.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Ein Letztes will ich sagen, wir haben ja heute über die Flüchtlingsthematik gesprochen. Hier kommen Menschen her aus Ländern, wo Diktatur ist, wo Not ist, wo Krieg ist. Und diese Arbeit, die Herr Gutzeit macht, die dient dazu, nach den Diktaturen, wenn es zu Ende ist, wenn etwas Neues geschieht, tatsächlich Menschen zu helfen, zu lernen, aber auch, das ist die psychosoziale Betreuung, ihre Traumata zu überwinden. Das ist, glaube ich, eine ganz wichtige Aufgabe, die nicht nur gilt für die Menschen, die als Flüchtlinge hier nach Berlin kommen in diesen Tagen, sondern die auch danach gilt. Und, das ist ein schwieriger Begriff dafür, aber ich würde mal sagen, ich würde mir wünschen, dass die Arbeit, die Herr Gutzeit macht, ein Exportschlagwerk wird, den wir in Länder schicken können, wo Diktaturen überwunden wurden. Darauf hoffe ich, und dafür danke ich Ihnen!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und den PIRATEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Kollege Otto! – Für die Fraktion der CDU erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Uwe Lehmann-Brauns. – Bitte schön!

Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU):

Herr Präsident! Verehrter Herr Gutzeit! Meine Damen und Herren! Manche mögen sich fragen: Die DDR ist seit 25 Jahren verschwunden, brauchen wir da eigentlich noch eine Institution wie den Stasibeauftragten, der sich um jene Dunkelmänner von einst kümmert? – Die Aufgabe der Stasi bestand ja nicht nur in der Bespitzelung von Menschen und der Anwerbung von Spitzeln, sie war auch zuständig für die Beschaffung von Devisen, sie organisierte Wohnungseinbrüche, erpresste Geständnisse und beschaffte und verscherbelte Antiquitäten, denunzierte Ausreisewillige usw. Sie führte sogenannte Sicherheitsüberprüfungen von Tausenden von Menschen jährlich durch. Die Bezeichnung „VEB Horch und Guck“ ist also eine verniedlichende Verharmlosung für eine Organisati-

on, die das Exekutivorgan der DDR-Diktatur war. Sie selbst nannte sich „Schild und Schwert der Partei“, und das trifft die Sache besser.

Ihre damaligen Aktivitäten sind selbst heute noch nicht verdaut. Ob kürzlich in Thüringen oder durch aktuelle Buchveröffentlichungen – ich denke an die von Dr. Berndt Seite, dem Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern – tauchen sie immer wieder auf und müssen sich die Prüfung ihrer demokratischen Loyalität heute gefallen lassen. Dazu bedarf es einer unabhängigen Instanz wie der von Martin Gutzeit geleiteten Behörde, über deren Effizienz und Arbeit man nur Lobendes hört,

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN
und den PIRATEN]

zum Beispiel seitens des Stasi-Museums in Lichtenberg, auch im Hinblick auf die wissenschaftliche Begleitung der dortigen Dauerausstellung. Meine Fraktion schließt sich dieser positiven Einschätzung an und dankt Martin Gutzeit für die geleistete Arbeit – nachzulesen in seinem 33 Seiten langen abgelieferten Bericht. – Vielen Dank, Martin Gutzeit!

[Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der
LINKEN]

Die Schlussstrichliebhaber sollten vielleicht bedenken: Sehr viele Zeitzeugen, darunter viele Opfer, leben noch. Es sind seit 1989 erst 25 Jahre vergangen. Zu Recht befassen wir uns, die Justiz und die Historiker, noch mit der NS-Diktatur, die 70 Jahre zurückliegt. Beide Diktaturen, so verschieden sie in mancher Hinsicht auch waren, haben tief in unser Leben eingegriffen. Meiner Fraktion geht es nicht um Bestrafung und pauschale Ächtung, denn wir wissen, dass Stasibiographien ihrerseits durchaus unterschiedlicher Entstehung waren. Uns geht es vielmehr um Prävention und Aufklärung über das Funktionieren von Diktatur, denn die erkannte Gefahr ist, wie wir wissen, die halbe Gefahr. Aufklärung kennt keinen Schlussstrich.

An dieser Stelle eine Bitte an Martin Gutzeit: In der öffentlichen Diskussion liegt der Fokus bei den Stasiaktivitäten meist auf der DDR. Von Müller-Enbergs wissen wir, dass Westberlin, seine öffentlichen Einrichtungen, das Abgeordnetenhaus zumal, zum operativen Programm des MfS gehörten. Ob dieses Westprogramm auch Gegenstand der Arbeit Martin Gutzeits ist oder werden kann, das ist nicht nur meine Frage, sondern meiner Ansicht nach von öffentlichem Interesse. Ich verbinde diese Bitte an ihn um Information erneut mit dem Dank meiner Fraktion für die Arbeit von Martin Gutzeit und seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. – Vielen Dank!